

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

30.04.2014

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 40. Sitzung

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Mittwoch, 30. April 2014

Beginn : 17:00 Uhr
Ende : 19:40 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

anwesend :	Egbert Liskow Birgit Socher Prof. Dr. Wolfgang Joecks Dr. Gerhard Bartels Ursula Behrendt Ulrike Berger Dr. Ullrich Bittner André Bleckmann Norbert Braun Ulf Burmeister Erich Cymek Dr. Frauke Fassbinder Dr. Stefan Fassbinder Yvonne Görs Professor Dr. Frank Hardtke Marion Heinrich Axel Hochschild Torsten Hoebel Wolfgang Jochens Dr. Jörn Kasbohm Dr. Andreas Kerath Christian Köhler Christian Kruse Carola Kühn Dr. Luer Kühne Marian Kummerow Anne Lembke Jürgen Liedtke Franz-Robert Liskow Dirk Littmann Dr. Thomas Meyer Peter Multhauf Thomas Mundt Christian Radicke Ludwig Spring Dr. Rainer Steffens Dr. Harald Stegemann Mechthild Thonack Ingo Ziola	Präsident der Bürgerschaft 1. Vizepräsidentin der Bürgerschaft 2. Vizepräsident der Bürgerschaft
entschuldigt :	Wilfried Lüthen Anja Reuhl	
unentschuldigt :	Sebastian Ratjen	

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. Aktuelle Stunde oder Große Anfragen
6. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 6.1. Weiteres Verfahren zur Neuorganisation der kommunalen Kindertagesstätten
Oberbürgermeister
- 6.2. Vorbereitung der Änderung der Rechtsform des Kitabetriebes und der Einbringung der Immobilien der städtischen Kindertagesstätten und Horte in die Wohnungs- und Verwaltungsgesellschaft Greifswald mbH (WVG)
SPD, Die Linke, Bündnis90/Die Grünen, FDP, Prof. Dr. Hardtke B714-40/14
- 6.3. Teilweise Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses B642-35/13 (Zusatzbeschluss Nr.- 1 bis 3) zur Durchführung von Entgeltverhandlungen 2014 und Neufestlegung eines Termins für die Umsetzung neuer Entgelte in kommunalen Kindertagesstätten zum 01.01.2015
Dez. III, Amt 40 B715-40/14
- 6.4. Leitlinien guter Unternehmensführung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Beteiligungsmanagement
- 6.5. Prüfbericht und Prüfvermerk zur Eröffnungsbilanz der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012
Rechnungsprüfungsausschuss B716-40/14
- 6.6. Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. I, Amt 20 B717-40/14
- 6.7. Teilfortschreibung der Abgrenzung der Zentralen Versorgungsbereiche (ZVB) auf Grundlage des Einzelhandelsfachplans 2005, ZVB Innenstadt
Dez. II, Amt 60
- 6.8. 20. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 6.9. Bebauungsplan Nr. 98 - KAW- Gelände -; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Dez. II, Amt 60
- 6.10. Bebauungsplan Nr. 55 - Hafenstraße -, Änderung des räumlichen Geltungsbereiches
Dez. II, Amt 60 B718-40/14
- 6.11. Bebauungsplan Nr. 112 – Parkplatz am Bahnhof –, Aufstellungsbeschluss
Dez. II, Amt 60 B719-40/14
- 6.12. Annahme einer Barspende von der Sparkasse Vorpommern; Zweckbindung Schaukasten Neuer Friedhof
Oberbürgermeister B720-40/14
- 6.13. Annahme einer Spende der Soroptimisten für die Stadtbibliothek
Dez. III, Amt 41 B721-40/14
- 6.14. Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gebühren und Entgelte für Leistungen der öffentlichen Feuerwehr (Feuerwehrgebühren- und -entgeltsatzung)
Dez. III, Amt 32 B722-40/14
- 6.15. 5. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. III, Amt 41 B723-40/14

- | | | |
|-------|---|------------|
| 6.16. | 1. Änderungssatzung der Satzung des Seniorenbeirates
<i>Dez. III, Amt 51</i> | B724-40/14 |
| 6.17. | Prüfauftrag - Sport im öffentlichen Raum - Generationenpark
<i>CDU-Fraktion</i> | B725-40/14 |
| 6.18. | Aufhebung des Radfahrverbots auf dem Hansering zwischen Stralsunder Straße und Fangenturm
<i>Bündnis 90 / Die Grünen</i> | B726-40/14 |
| 6.19. | Verwaltung 2020: Informationen über Anpassungsprozesse in der Verwaltung
<i>Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke, SPD</i> | B727-40/14 |
| 6.20. | Prüfauftrag – Durchführung eines Bürgerentscheides im Zusammenhang mit dem geplanten Einkaufszentrum auf dem KAW-Gelände
<i>CDU-Fraktion</i> | B728-40/14 |
| 7. | Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt | |
| 8. | Mitteilungen des Präsidenten | |
| 9. | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft | |
| 10. | Bestätigung der Niederschrift vom 24.03.2014 | |
| 11. | Schluss der Sitzung | |

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die 40. Sitzung der Bürgerschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit zunächst 33 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft zu Beginn der Sitzung ist diese beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine beiden Stellvertreter Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Das erweiterte Präsidium hat sich darauf verständigt, die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.2 zu tauschen. Unter dem TOP 6.2 wird dann der Änderungsantrag der Fraktion der Bürgerliste mtbehandelt.

Der Präsident informiert weiter, dass die Verwaltung die Vorlagen unter TOP 6.4, 6.7, 6.8 und 6.9 zurückzieht.

Die Beschlussvorlagen unter TOP 6.5 und 6.6. werden in verbundener Aussprache behandelt.

Für die CDU-Fraktion bringt Herr Hochschild eine Tischvorlage ein zum Prüfauftrag – Durchführung eines Bürgerentscheides im Zusammenhang mit dem geplanten Einkaufszentrum auf dem KAW-Gelände aufzunehmen. Der Präsident schlägt vor, diese in die Tagesordnung als TOP 6.20 einzuordnen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Aufgrund einer Bemerkung von Herrn Dr. Kerath erklärt der Präsident, dass der Änderungsantrag der Bürgerliste im Zusammenhang mit TOP 6.2 behandelt wird.

Auf die Nachfrage von Herrn Multhauf, wann das nichtöffentliche Protokoll vom 24.03.2014 behandelt wird, erklärt der Präsident, dass das in der nächsten nicht-öffentlichen Bürgerschaftssitzung erfolgen wird.

Da es keine weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung gibt, lässt der Präsident über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme beschlossen

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

- keine Fragen der Einwohner

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

Die Anfrage der CDU-Fraktion zu Graffiti liegt allen Bürgerschaftsmitgliedern im Sitzungspaket vor.

Die Beantwortung erfolgt durch den Oberbürgermeister und wird zeitgleich in schriftlicher Form ausgereicht.

Die Fragen der Linksfraktion zum Parken in der Innenstadt werden durch den Oberbürgermeister beantwortet und sowohl die Fragen als auch die Antwort sind als Anlage zur Bürgerschaftssitzung im Ratsinformationssystem einsehbar.

Zu TOP: 5 Aktuelle Stunde oder Große Anfragen

- entfällt

Zu TOP: 6 Diskussion von Beschlussvorlagen

Der Präsident stellt fest, dass 36 stimmberechtigte Mitglieder der Bürgerschaft anwesend sind.

**Zu TOP: 6.2 Vorbereitung der Änderung der Rechtsform des Kitabetriebes und der Einbringung der Immobilien der städtischen Kindertagesstätten und Horte in die Wohnungs- und Verwaltungsgesellschaft Greifswald mbH (WVG)
B714-40/14**

Herr Dr. Bartels bringt die geänderte fraktionelle Beschlussvorlage der Fraktionen der SPD, der FDP, der Linksfraktion, der Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Prof. Hardtke ein und nimmt die Begründung vor.

Folgender Änderungsantrag der Fraktion der Bürgerliste wird durch Herrn Spring eingebracht und begründet:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Beschluss der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald B689-37/2013 vom 16.12.2013 wird aufgehoben.
2. Der bisherige Regiebetrieb der Kindertagesstätten und Horte wird aufgelöst. Es wird zum 01.01.2015 eine gemeinnützige GmbH gegründet, welche die kommunalen Kitas und Horte betreibt.
3. Die Immobilien werden in die gGmbH als Sacheinlage eingebracht. Die anfallende Grunderwerbssteuer wird als Zuschuss von der Universitäts-Hansestadt Greifswald getragen.
4. Für die gGmbH wird die kaufmännische Geschäftsführung bundesweit

ausgeschrieben. Es wird ein Aufsichtsrat entsprechend den Regelungen der Kommunalverfassung gebildet.

5. In der Aufbauphase der gGmbH sollte, wenn notwendig, auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen externer Sachverständiger zu Rate gezogen werden.

Die Verwaltungsvorlage (Drucksachen-Nr.: 05/1290) wird durch Herrn Senator Dembski eingebracht und begründet.

Im Rahmen der Diskussion sprechen zum Thema: Herr Dr. Kerath, Herr Radicke und Herr Hochschild.

Am Ende der Diskussion weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass die Verwaltung hinsichtlich der Beauftragung eines Gutachters rechtliche Probleme sieht. Im Fall der Zustimmung zur fraktionellen Vorlage wird der Gesellschafter entsprechende Beschlüsse fassen, dass eine Beauftragung eines Gutachters in Übereinstimmung mit kommunal- und haushaltsrechtlichen Regelungen erfolgen wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Präsident zunächst den Änderungsantrag der Bürgerliste zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bei 16 Ja-Stimmen und 22 Gegenstimmen
abgelehnt

Daraufhin lässt Herr Liskow über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt in Abänderung des Bürgerschaftsbeschlusses B 689-37/13 vom 16.12.2013:

I. Vorbereitung des Eigenbetriebes

Die Betreuung der kommunalen Kindertagesstätten soll in der Rechtsform eines Eigenbetriebes erfolgen, der zum 01.01.2015 seine Tätigkeit aufnehmen soll.

II.

Die Verwaltung wird zur Umsetzung dieser Maßnahme beauftragt zur Vorbereitung einer Beschlussfassung durch die Bürgerschaft im September 2014

1. Eine Eigenbetriebssatzung zu erstellen und die Bildung eines Betriebsausschusses vorzubereiten.
2. Die Ausschreibung für die Stelle eines/einer Eigenbetriebsleiters/in vorzubereiten
3. Die erforderlichen Personalgespräche unter Beteiligung der betroffenen Gewerkschaften zu führen.
4. Die für die Durchführung des Eigenbetriebs notwendigen sachlichen, finanziellen und personellen Voraussetzungen zu ermitteln.

III. Überführung der Immobilien

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschaftervertreter der Wohnungs- und Verwaltungsgesellschaft Greifswald mbH (WVG) unverzüglich ei-

nen Gesellschafterbeschluss mit folgendem Inhalt zu fassen:

Die Geschäftsführung der WVG wird beauftragt bis zum 15. August 2014 die Verkehrswerte der Immobilien zu ermitteln, in denen städtische Kindertagesstätten und Horte betrieben werden, soweit es sich um Immobilien handelt, die im städtischen Eigentum stehen.

1. Bei gleichzeitiger anderweitiger Nutzung solcher Immobilien, beispielsweise als Schule (Krull-Hort), soll die Wertermittlung nur erfolgen, wenn es rechtlich möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, diese Immobilien rechtlich zu teilen und sich die Wertermittlung dann nur auf den zur Nutzung als Kindertagesstätte oder Hort abteilbaren Teil dieser Immobilie beziehen.
2. Die Wertermittlungen sind zu begründen und haben sich nur am Verkehrswert zu orientieren.
3. Die WVG soll eine/n öffentlich bestellte/n und vereidigte/n Grundstücksachverständige/n beauftragen.
4. Die Kosten für die Erstellung des Gutachtens trägt die Universitäts- und Hansestadt Greifswald

IV.

In der Bürgerschaftssitzung im September 2014 soll der Oberbürgermeister auf der Grundlage der ermittelten Werte die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Sacheinlage in die WVG auf

1. die Stadt
2. den Kita-Eigenbetrieb und
3. die WVG

darlegen. Dabei soll insbesondere darüber Auskunft gegeben werden, ob eine Einbringung mit Nachteilen für die Mieter/innen der WVG, insbesondere Mieterhöhungen, verbunden ist.

V.

In der Bürgerschaftssitzung im Oktober 2014 entscheidet die Bürgerschaft, ob die genannten Immobilien als Sacheinlage in die WVG eingebracht werden sollen. Im Falle eines positiven Votums wird der Oberbürgermeister beauftragt auf Basis der ermittelten Verkehrswerte der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu der drauffolgenden Sitzung eine Beschlussvorlage zur kapitalerhöhenden Einbringung der Immobilien in das Vermögen der WVG vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: bei 22 Ja-Stimmen und 16 Gegenstimmen beschlossen

Damit entfällt die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage TOP 6.1 zum weiteren Verfahren zur Neuorganisation der kommunalen Kindertagesstätten.

Zu TOP: 6.1 Weiteres Verfahren zur Neuorganisation der kommunalen Kindertagesstätten

- Die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage entfällt.

Zu TOP: 6.3 Teilweise Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses B642-35/13 (Zusatzbeschluss Nr- 1 bis 3) zur Durchführung von Entgeltverhandlungen 2014 und Neufestlegung eines Termins für die Umsetzung neuer Entgelte in kommunalen Kindertagesstätten zum 01.01.2015
B715-40/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Die Verwaltung nimmt umgehend Entgeltverhandlungen mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald auf, mit dem Ziel, neue Entgelte zum 01.01.2015 mit dem Landkreis Vorpommern-Greifswald zu vereinbaren und durch die Bürgerschaft rechtzeitig beschließen zu lassen.

Die für 2014 nach dem HSK vorgesehenen Elternbeitragserhöhungen werden durch Verzicht auf Werterhaltungsmaßnahmen in Höhe von 30.000 € kompensiert.

Die Erhöhungen zum 01.01.2015 sollen mit dem Ziel verhandelt werden, die Kostensteigerungen 2014 und 2015 auszugleichen und das bisherige Defizit zu verringern.

Soweit der Bürgerschaftsbeschluss B642-35/13 vom 16.09.2013 diesem Beschluss widerspricht, wird er aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschloss
Zwei Bürgerschaftsmitglieder haben nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Zu TOP: 6.4 Leitlinien guter Unternehmensführung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

- zurückgezogen

Die Tagesordnungspunkte 6.5 und 6.6. werden in verbundener Aussprache behandelt.

Der Oberbürgermeister bringt die Beschlussvorlage zur Feststellung der Eröffnungsbilanz (Drucksachen-Nr. 05/1251) ein und nimmt die Begründung vor.

Die Einbringung und Begründung der Beschlussvorlage zum Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschusses (Drucksachen-Nr. 05/1296) erfolgt durch den Vorsitzenden, Herrn Bleckmann.

- Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
1. nimmt den Bericht über die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis,
 2. schließt sich dem eingeschränkten Prüfvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses an,
 3. beschließt, dass die Beanstandungen aus dem Prüfbericht im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 zu beheben sind.

Herr Wille bringt im Rahmen der Diskussion zum Ausdruck, dass eine Beschlussfassung zum Tagesordnungspunkt 6.5 nicht notwendig sei, weil der Prüfbericht

Anlage zur Feststellung der Eröffnungsbilanz ist. Herr Wille bittet ausdrücklich darum, den Punkt 3. nicht zu beschließen, weil die Beanstandungen noch einmal genauer im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 geprüft werden sollen.

Herr Liedtke beantragt, nur den Punkt 1. der Vorlage des Rechnungsprüfungsausschusses zu beschließen und die Punkte 2. und 3. zu streichen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion sprechen Herr Hochschild, Herr Bleckmann, Herr Dr. Bartels, Frau Heinrich, Herr Mundt, Herr Prof. Joecks und Herr Dr. Bittner.

Aufgrund der einzelnen Wortbeiträge schlägt Herr Bleckmann vor, im Punkt 3. „soweit als möglich“ aufzunehmen. Er beantragt eine Auszeit, um sich mit den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses noch einmal zu beraten.

Entsprechend Geschäftsordnung beantragt Herr Dr. Steffens, die drei Punkte der Beschlussvorlage einzeln abzustimmen.

Herr Dr. Bartels beantragt für seine Fraktion entsprechend Geschäftsordnung eine Auszeit.

Auszeit von 18:20 Uhr bis 18:30 Uhr

Herr Bleckmann teilt nach Abstimmung mit den Rechnungsprüfungsausschussmitgliedern mit, dass in der Beschlussvorlage die Punkte 2. und 3. gestrichen werden sollen und der Punkt 1. um die Worte „**und macht sich diesen zu eigen.**“ ergänzt wird.

Herr Liskow lässt somit über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Zu TOP: 6.5 Prüfbericht und Prüfvermerk zur Eröffnungsbilanz der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zum 01.01.2012
B716-40/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald nimmt den Bericht über die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis und macht sich diesen zu eigen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.6 Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2012 der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B717-40/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stellt die Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2012 fest.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.7 Teilfortschreibung der Abgrenzung der Zentralen Versorgungsbereiche (ZVB) auf Grundlage des Einzelhandelsfachplans 2005, ZVB Innenstadt

- zurückgezogen

Zu TOP: 6.8 20. Änderung des Flächennutzungsplans der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

- zurückgezogen

Zu TOP: 6.9 Bebauungsplan Nr. 98 - KAW- Gelände -; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

- zurückgezogen

Zu TOP: 6.10 Bebauungsplan Nr. 55 - Hafestraße -, Änderung des räumlichen Geltungsbereiches

B718-40/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Beschluss zur Änderung des räumlichen Geltungsbereiches zum Bebauungsplan Nr. 55 - Hafestraße - wie folgt:

1. In Abänderung des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 55 - Hafestraße - (Beschlusses Nr. B170-11/05) vom 20.06.2005 wird der räumliche Geltungsbereich geändert. Die Abgrenzung erfolgt gemäß der Darstellung in der Anlage 1 - Plan der Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches.
2. Der Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis: bei 34 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.11 Bebauungsplan Nr. 112 – Parkplatz am Bahnhof –, Aufstellungsbeschluss

B719-40/14

Herr Hoebel nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 112 – Parkplatz am Bahnhof – wie folgt:

1. Für das Gebiet zwischen der Bahnhofstraße und den Gleisen der Deutschen Bahn sowie nordwestlich des ZOB (Abgrenzung gemäß Plan der Anlage 1) soll gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplan aufgestellt werden.
Ziel des Bebauungsplans ist eine städtebauliche Neuordnung des Areals zur Errichtung eines PKW-Parkplatzes.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 BauGB soll durch einen öffentlichen Aushang erfolgen, mit dem über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zu unterrichten ist.
3. Der Beschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 Satz 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 32 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.12 Annahme einer Barspende von der Sparkasse Vorpommern; Zweckbindung Schaukasten Neuer Friedhof
B720-40/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Barspende in Höhe von 1.250,00 EUR von der Sparkasse Vorpommern Greifswald zur Errichtung eines Schaukastens am Neuen Friedhof.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.13 Annahme einer Spende der Soroptimisten für die Stadtbibliothek
B721-40/14

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 1.108,93 € von den Soroptimisten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.14 Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gebühren und Entgelte für Leistungen der öffentlichen Feuerwehr (Feuerwehrgebühren- und -entgeltsatzung)
B722-40/14

Der Präsident macht darauf aufmerksam, dass vor der Sitzung allen Mitgliedern der Bürgerschaft die erste Seite der Anlage 2 zur Feuerwehrgebühren- und entgeltsatzung (Tarif: Privatrechtliche Entgelte) ausgereicht wurde.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die anliegende Satzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald über die Erhebung von Gebühren und Entgelte für Leistungen der öffentlichen Feuerwehr (Feuerwehrgebühren- und -entgeltsatzung).

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.15 5. Änderungssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
B723-40/14

Herr Multhauf bezeichnet das Haushaltssicherungskonzept als Ursache für die Änderung der Musikschulgebührensatzung, wonach in verschiedenen Bereichen finanzielle Mittel einzusparen sind. In einem kurzen Statement begründet Herr Multhauf, warum er der Vorlage im Bildungsausschuss nicht zugestimmt hat.

Nach einigen weiteren Bemerkungen zum Haushaltssicherungskonzept lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag in unveränderter Form abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die 5. Änderungs-satzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Musikschule der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 07.07.2003 (Beschluss B584-39/03).

Abstimmungsergebnis: bei 27 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.16 1. Änderungssatzung der Satzung des Seniorenbeirates
B724-40/14

Die Bürgerschaft beschließt die als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung der Satzung des Seniorenbeirates der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 11.03.1997.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.17 Prüfauftrag - Sport im öffentlichen Raum - Generationenpark
B725-40/14

Herr Hochschild bringt die Beschlussvorlage ein und begründet sie anhand einer Präsentation von Bildern.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt Herr Dr. Fassbinder die Zustimmung.

Der Präsident lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft beschließt, der Oberbürgermeister möge die Möglichkeiten zur Errichtung eines sog. Generationenparks oder einer generationenübergreifenden Sportanlage durch Aufstellung von Fitnessgeräten auf dem Wall bzw. in den Credner-Anlagen prüfen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.18 Aufhebung des Radfahrverbots auf dem Hansering zwischen Stralsunder Straße und Fangenturm
B726-40/14

Herr Dr. Bittner bringt die Beschlussvorlage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein und nimmt die Begründung vor.

Nach einigen Bemerkungen im Rahmen der Diskussion regt Herr Hochschild an, den Beschlussvorschlag als Prüfauftrag zu formulieren.

Daraufhin stellt Herr Liskow folgenden Beschlussvorschlag in geänderter Form zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister, zu prüfen, ob das Radfahrverbot auf dem Hansering zwischen Stralsunder Straße und Fangenturm aufgehoben werden kann. Es sollen verkehrssichernde und -ordnende Maßnahmen ergriffen werden, die die Führung des Radverkehrs auf diesem Straßenabschnitt ermöglichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 7 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.19 Verwaltung 2020: Informationen über Anpassungsprozesse in der Verwaltung

B727-40/14

Die Einbringung der geänderten Beschlussvorlage der Linksfraktion erfolgt durch Herrn Dr. Bartels. Im Rahmen seiner Ausführungen bittet er die Verwaltung um die Darstellung der Ergebnisse der Stellenanalyse vor der Bürgerschaft.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister bis spätestens 15. Oktober 2014 darzustellen, wie sich - angesichts geänderter Rahmenbedingungen, wie der Kreisgebietsreform von 2011 sowie den beabsichtigten Veränderungen im Bereich der kommunalen Kitas - Anpassungsprozesse in der Verwaltung vollzogen haben bzw. wie diese sich vollziehen werden.

Besonderes Augenmerk soll in der Darstellung auf Aufgaben- und Stellenbeschreibungen gelegt werden. Für das Sollkonzept soll ein mittelfristiger Zeitraum (5 Jahre) betrachtet werden.

Abstimmungsergebnis: bei 20 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.20 Prüfauftrag – Durchführung eines Bürgerentscheides im Zusammenhang mit dem geplanten Einkaufszentrum auf dem KAW-Gelände

B728-40/14

Im Zusammenhang mit der geplanten Ansiedlung eines Einkaufszentrums auf dem ehemaligen KAW-Gelände beauftragt die Bürgerschaft den Oberbürgermeister zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, diese wichtige Entscheidung gemäß § 20 Abs. 1 Satz 1 KV M-V durch die Bürgerinnen und Bürger treffen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 4 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Die Liste der Hauptausschussbeschlüsse und die Termine und wichtigen Ereignisse werden als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Außerdem informiert der Oberbürgermeister, dass die Genehmigung des Haushaltes 2014 vorliegt und es keine rechtsaufsichtlichen Anordnungen oder Auflagen zum Stellenplan gibt, weil ein überzeugendes Haushaltssicherungskonzept der Stadt vorliegt.

Eine weitere Information ist, dass am Freitag, den 2. Mai 2014 der Präventionstag auf dem Markt stattfindet.

Weiterhin gibt der Oberbürgermeister einen kurzen Sachstandsbericht zum Stadtarchiv. Ein gemeinsamer „Letter of Intent“ liegt zur Abstimmung vor.

Dazu wird eine entsprechende Beschlussvorlage vorbereitet, wobei ein Neubau An den Wurthen bevorzugt wird, die dann der neuen Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Angestrebt wird, Ende 2018 den Neubau des Archivs fertigzustellen.

Der Oberbürgermeister gibt einen kurzen Rückblick, weil die Wahlperiode der Bürgerschaft 2009 bis 2014 mit der heutigen, 40. Sitzung der Bürgerschaft zu Ende geht. Der Rückblick ist dann auch im Verwaltungsbericht 2014 nachzulesen. Der Oberbürgermeister nennt einige wichtige Ereignisse:

- September 2009 - Ablehnung des Gesetzentwurfes der Landesregierung zum Kreisstrukturgesetz
- Mai 2010 - 40 Unterschriften wichtiger Persönlichkeiten zur Ablehnung
- August 2010 - Entscheidung des Verfassungsgerichtes
- September 2011 - Inkrafttreten des Kreisstrukturgesetzes
- Thema Doppik und Eröffnungsbilanz
- August 2010 - Unterzeichnung des Städtepartnerschaftsvertrages zwischen Greifswald und Stettin
- September 2010 - Beschluss über das Klimaschutzkonzept
- Dezember 2010 - Fortschreibung des Leitbildes
- Mai 2011 – 3000 Bürger demonstrieren
„Greifswald ist bunt und kein Ort für Neonazis“
- 22.07. bis 05.08.2011 – Unwetter in Greifswald
- 30.09.2012 – Kündigung der Treuhand- und Beauftragtenverträge der UHGW mit der BauBeCon
- 2013 Bürgerentscheid Wackerow gegen Gebietsänderung
- 30. Juli 2013 – Tod von Berthold Beitz
- 2010 Rubenow-Medaille an Herrn Prof. Thomas Mettenleiter
- 2011 Rubenow-Medaille an Herrn Wolfgang Gerbitz
- 2012 Rubenow-Medaille an Herrn Helmut Börsch-Supan
- 2013 Rubenow-Medaille an Herrn Joachim von der Wense
- Dezember 2009 – Eröffnung der Stadthalle
- 2010 - Übergabe der Osnabrücker Straße
(Teilabschnitt der Bahnparallele)
- Übergabe des sanierten Jahn-Gymnasiums
- Wiedereröffnung des Caspar-David-Friedrich-Zentrums
- Revitalisierung des Herrenhufener Investitionsvorhabens
- Übergabe der neuen Feuerwehr u.v.a.m.

Greifswald ist in den letzten fünf Jahren ein erhebliches Stück weiter vorangekommen, auf allen Gebieten. Der Oberbürgermeister spricht der Bürgerschaft seinen ausdrücklichen Dank aus.

Herr Dr. König wünscht allen zur Wahl antretenden Kandidaten gute Wahlergebnisse und der Stadt eine hohe Wahlbeteiligung. Vor allem freut sich der Oberbürgermeister darüber, dass in der neuen Bürgerschaft keine rechtsextremistische Partei vertreten sein wird.

Zu TOP: 8 Mitteilungen des Präsidenten

Mit der konstituierenden Sitzung am 13. Juni 2009 begann die Arbeit der Bürgerschaft dieser 5. Wahlperiode nach der Wende. Fünf Jahre ehrenamtliche Tätigkeit gehen mit der heutigen 40. Sitzung der Bürgerschaft zu Ende. In seinen Ausführungen dankt Herr Liskow allen Kommunalpolitikern für die geleistete ehrenamtliche Tätigkeit und er überreicht den 43 Mitgliedern der Bürgerschaft die beeindruckende Publikation „Greifswalder Spaziergänge“.

Zehn Mitglieder der jetzigen Bürgerschaft haben sich entschieden, sich nicht wieder für einen Sitz in der Bürgerschaft zu bewerben:

CDU-Fraktion	Herr Dr. Lüer Kühne,
Fraktion Die Linke	Herr Dr. Gerhard Bartels, Herr Dr. Harald Stegemann,
SPD-Fraktion	Frau Anne Lembke, Herr Dirk Littmann, Herr Jost Aé
FDP-Fraktion	Herr Christian Köhler, Herr Sebastian Ratjen
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	Frau Anja Reuhl
Einzelmitglied	Herr Wilfried Lüthen.

Herr Liskow richtet seinen ausdrücklichen Dank für die Zusammenarbeit an die Verwaltungsspitze, an die Amtsleiterinnen und Amtsleiter, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Als „Urgestein“, als „personelle Konstante“ geht die Mitarbeiterin der Kanzlei der Bürgerschaft Frau Hannelore Schult in zwei Monaten in den wohlverdienten Ruhestand. Ihr spricht Herr Liskow einen besonderen Dank für 26 Jahre Berufstätigkeit aus.

Zu TOP: 9 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Hoebel regt an, dass darüber nachgedacht werden soll, die Öffnungszeiten der Tiefgaragen am Dom und am Markt gerade an den Wochenenden zu verlängern.

Herr Dr. Bittner informiert sich nach dem Stand der gerichtlichen Auseinandersetzung mit der BauBeCon.

Daraufhin teilt Frau Schlegel, Leiterin der Rechtsabteilung, mit, dass das Verfahren seit April 2013 anhängig ist, als die Klageschrift eingegangen ist. Im August 2013 hat die Stadtverwaltung erwidert. Seit letzter Woche gibt es einen neuen, 100-seitigen Schriftsatz, den es gilt, durchzuarbeiten. Das Verwaltungsgericht Stralsund hat in Aussicht gestellt, im Jahr 2015 eine Verhandlung anzusetzen. Außerdem gibt es bei der Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren, wo im Mai 2014 eine Entscheidung fallen soll.

Herr Multhauf hinterfragt den Fortgang der Arbeit der Kanzlei der Bürgerschaft, nach dem Ausscheiden von Frau Schult. Die Mitglieder der Bürgerschaft sind auf die Bürgerschaftskanzlei in hohem Maße angewiesen. Mit dem Ausscheiden von Frau Laß und Frau Schult glaubt Herr Multhauf nicht an die Arbeitsfähigkeit in dem Umfang wie es sein sollte. Was hat der Präsident unternommen, dass die Kanzlei der Bürgerschaft von der Qualität und vom Personal her auch in Zukunft etwas Ähnliches leisten kann wie in den vergangenen 24 Jahren?

Daraufhin erklärt Herr Liskow, dass die Kanzlei der Bürgerschaft auch in Zukunft arbeitsfähig sein wird. Niemand brauche Angst haben. Die Arbeit der Kanzlei der Bürgerschaft werde in gleicher Qualität fortgeführt.

Herr Dr. Kühne ergreift das Wort für ein paar persönliche Ausführungen an die Mitglieder der Bürgerschaft und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Diese Ausführungen werden dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zu TOP: 10 Bestätigung der Niederschrift vom 24.03.2014

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen
bestätigt

Zu TOP: 11 Schluss der Sitzung

19:40 Uhr

Egbert Liskow
Präsident

Hannelore Schult
Protokollantin

Anlagen: - Mitteilungen über Hauptausschussbeschlüsse und Termine/wichtige Ereignisse
- Rede von Herrn Dr. Kühne